



Rechtsausschuss

88. Sitzung (öffentlich)

8. Dezember 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:19 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Antisemitismus zielgerichtet bekämpfen

5

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14069

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14201

Stellungnahme 17/4574
Stellungnahme 17/4576
Stellungnahme 17/4579
Stellungnahme 17/4584
Stellungnahme 17/4585
Stellungnahme 17/4586
Stellungnahme 17/4618

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

2 Epidemische Lage unter falschen Voraussetzungen – Was wusste Ministerpräsident Laschet? 7

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14269

– Verfahrensabsprache

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD den Antrag ab.

3 Gesetz zur Einführung des juristischen Vorbereitungsdienstes in Teilzeit 8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15586

– Erste Beratung und Verfahrensabsprache

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zu.

4 Weitere Standorte in Nordrhein-Westfalen prüfen. Kindgerechte Justiz weiter verbessern. 10

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15636

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/156775

– Erste Beratung und Verfahrensabsprache

– Wortbeiträge

- 5 Zweites Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes 11**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15660
- Erste Beratung und Verfahrensabsprache
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf einstimmig zu.
- 6 Zweites Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes
und des Landesrichter- und Staatsanwältegesetzes 12**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15661
- Erste Beratung und Verfahrensabsprache
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen
der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zu.
- 7 Initiativen und Abstimmungsverhalten von Nordrhein-Westfalen zur 92.
Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (Bericht beantragt
von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]) 13**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6120
- keine Wortbeiträge
- 8 Möglicher Einsatz schwerbehinderter Menschen zur Digitalisierung in
der Justiz nach NRW nach hessischem Vorbild (Bericht beantragt von
der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]) 14**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6126
- Wortbeiträge

- 9 Wie begegnet die Justiz in Nordrhein-Westfalen richterlicher Überforderung?** **15**
(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6121
- Wortbeiträge
- 10 Maßnahmen gegen Rechtsextremismus** **16**
(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6127
- Wortbeiträge
- 11 Position der Landesregierung zur Dokumentation der strafgerichtlichen Hauptverhandlung** **17**
(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6125
- Wortbeiträge
- 12 Transpersonen im Justizvollzug NRW** **18**
(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 13 Verschiedenes** **21**
- Der Ausschuss kommt überein, die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs NRW zur nächsten Sitzung des Rechtsausschusses am 19. Januar 2022 einzuladen.

5 Zweites Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15660

– Erste Beratung und Verfahrensabsprache

*(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Rechtsausschuss
– federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 24.11.2021)*

Angela Erwin (CDU) vertritt der Auffassung, die Durchführung einer Anhörung sei nicht erforderlich, da es sich um eine formale Folgeänderung aufgrund der Novelle der Landesbauordnung handle, die sachdienlich und notwendig sei.

Stefan Engstfeld (GRÜNE) kann sich den Ausführungen seiner Vorrednerin in vollem Umfang anschließen.

Sonja Bongers (SPD) teilt diese Sichtweise.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf einstimmig zu.

